

# Extremismus mit Auslandsbezug



## 5.1 Mitglieder-Potenzial

| Mitglieder-/Anhänger-Potenzial extremistischer Organisationen mit Auslandsbezug Bundesrepublik Deutschland | 2016   | 2017   |
|--|--------|--------|
| Extrem nationalistische Gruppen  | 11.500 | 11.500 |
| PKK  | 14.000 | 14.500 |
| Sonstige linksextremistische Gruppen   | 4.550  | 4.550  |
| Summe  | 30.050 | 30.550 |

  

| Mitglieder-/Anhänger-Potenzial extremistischer Organisationen mit Auslandsbezug Niedersachsen | 2016  | 2017  |
|---|-------|-------|
| Extrem nationalistische Gruppen   | 600   | 700   |
| PKK   | 1.600 | 1.600 |
| Sonstige linksextremistische Gruppen  | 230   | 200   |
| Summe   | 2.430 | 2.500 |

## 5.2 Einführung

Unter der Bezeichnung „Extremismus mit Auslandsbezug“ werden in Niedersachsen alle weiteren Erscheinungsformen des Extremismus zusammengefasst, die einen starken Bezug zum Ausland aufweisen, ohne im Zusammenhang mit islamistischen Ideologien zu stehen. Der Extremismus mit Auslandsbezug ist geprägt von einer Vielzahl von Gruppierungen unterschiedlicher Organisationsstruktur und Größe. Im Unterschied zum Islamismus liegt die Zielsetzung dieser Gruppen überwiegend in der Durchsetzung linksextremistischer, separatistischer oder nationalistischer bzw. rassistischer Vorstellungen, die regelmäßig auf radikale Veränderungen der politischen Verhältnisse in den Heimatregionen abzielen. Die Situation im Herkunftsland ist dabei richtungsweisend für die Intensität des Auftretens und auch das Militanzniveau in Deutschland. Türkische und kurdische Gruppierungen bilden in Niedersachsen den Schwerpunkt der Beobachtung.

Die in Deutschland agierenden Gruppierungen werden i. d. R. durch politisch-strategische Vorgaben aus dem Heimatland gesteuert. Deutschland wird dabei in erster Linie als sicherer Rückzugsraum betrachtet, in dem Geld gesammelt, rekrutiert, mobilisiert und propagiert werden kann und von dem aus gewaltsame Aktionen im eigentlichen Bezugsland vorbereitet werden können. Vereinzelt ist auch mit gewalttätigen Aktionen in Deutschland zu rechnen. Die Propaganda für die jeweilige politische Vorstellung und Mobilisierungsaktionen etwa für Demonstrationen gehen dabei Hand in Hand und werden zunehmend über das Internet verbreitet. Soziale Netzwerke und Messenger-Apps dienen darüber hinaus der Gewinnung neuer Sympathisanten und Mitglieder.

Auch Konflikte zwischen den rivalisierenden Gruppierungen treten in Deutschland auf. Diese treten sowohl durch Propaganda als auch durch Gewaltanwendung zu Tage.

Nach den Verfassungsschutzgesetzen des Bundes und der Länder fallen unter Extremismus mit Auslandsbezug daher nichtislamistische, aber extremistische Aktivitäten von Personen, wenn

- in Deutschland entsprechende politische Auseinandersetzungen mit Gewalt ausgetragen werden und dadurch die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gefährdet wird,
- diese sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung wenden,
- vom Bundesgebiet ausgehende Gewaltaktionen in anderen Staaten durchgeführt oder vorbereitet und dadurch auswärtige Belange der Bundesrepublik gefährdet werden oder
- Bestrebungen verfolgt werden, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung oder das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind.

### 5.3 Aktuelle Entwicklungen im Extremismus mit Auslandsbezug

Der Extremismus mit Auslandsbezug in Niedersachsen wurde auch im Jahr 2017 durch die Aktivitäten der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) dominiert. Die Hoffnung der PKK auf Streichung von der EU-Terror-

liste und eine Aufhebung des Betätigungsverbots in Deutschland aufgrund ihres Einsatzes für die Anti-IS-Koalition in Syrien und im Irak ist mit der Eskalation in der Türkei derzeit geschwunden.

Große Empörung und damit auch Mobilisierung lösten einerseits die Verbotserfügung des Bundesinnenministeriums für weitere Symbole der PKK und ihrer Partnerorganisationen und andererseits die aufkeimende Sorge um den Gesundheitszustand Abdullah Öcalans aus. Dahingegen hielten sich die Reaktionen auf das Referendum in der Türkei am 16.04.2017, in dem über die Änderung der türkischen Verfassung zur Einführung eines Präsidialsystems abgestimmt wurde, im Rahmen. Bei dem Referendum stimmten insgesamt 51,4 Prozent der Wähler mit „Ja“ und 48,6 Prozent mit „Nein“. Dieses Ergebnis vertiefte zwar die Spannungen zwischen nationalen (rechtsextremistischen) Türken und der PKK, die im Vorfeld der Abstimmung dazu aufgerufen hatte, mit „Nein“ („Hayir“) zu stimmen. Von Seiten der PKK folgten aber keine gewalttätigen Reaktionen. Vielmehr wurde am Wochenende 22./23.04.2017 mit friedlich verlaufenden Kundgebungen, unter anderem auch in Hannover, gegen das Ergebnis des Referendums protestiert.

Generell hat die Beendigung der Friedensbemühungen zwischen der türkischen Regierung und der PKK im Jahr 2015 in Deutschland trotz wachsender Spannungen bis 2017 zu keinen erheblichen Eskalationen zwischen nationalistisch/rechtsextremistischen Türken und damit Anhängern der „Ülkücü“-Bewegung<sup>145</sup> und PKK-Anhängern geführt. Lediglich in Einzelfällen kam es bis 2017 bei Veranstaltungen auf Grund von Provokationen zu Körperverletzungen. Aktuell sind die nationalistisch/rechtsextremistischen Türken eher auf das seit dem Putschversuch am 15.07.2016 staatlich vorgegebene Feindbild „Gülen“-Bewegung fixiert. Inwieweit sich Spannungen mit PKK-Anhängern verstärken können, hängt in erster Linie von den Entwicklungen in der Türkei ab.

Die Politik des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan emotionalisiert vor allem die PKK-Jugend, die den Protest auch in die deutsche Öffentlichkeit trägt. Für das Jahr 2018 ist eine weitere Eskalation, auch in Deutschland, zu erwarten, wenn die türkische Regierung ihr rigoroses Vorgehen gegen die PKK fortsetzen sollte.

<sup>145</sup> Zur Ülkücü-Bewegung siehe die Ausführungen im nächsten Absatz.

Es haben sich darüber hinaus weitere extremistische Organisationen u. a. mit Türkeibezug in Deutschland etabliert, die der Beobachtung durch die Verfassungsschutzbehörde unterliegen.

So tritt die türkisch nationalistische Ülkücü (Idealisten-) Bewegung mit einer nach westeuropäischem Rechtsverständnis rassistischen Ideologie als absoluter Gegenpol zu den von Ülkücü als separatistisch empfundenen ethnischen Minderheiten in der Türkei auch in Deutschland in Erscheinung.

Der größte Ülkücü-Dachverband in Deutschland ist die „Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V“ (ADÜTDF, „Almanya Demokratik Ülkücü Türk Dernekleri Federasyonu“), die als Auslandsvertretung der extrem nationalistischen türkischen MHP („Partei der Nationalistischen Bewegung“) zu sehen ist. Auch wenn sich die ADÜTDF in der Außendarstellung um ein gesetzeskonformes Verhalten bemüht und Integrationswillen vorgibt, ist sie Träger und Verbreiter der Ideologie türkischer Überlegenheit. Das von ihr vertretene Weltbild verstößt gegen das im Grundgesetz formulierte Prinzip der Menschenwürde sowie den grundgesetzlich garantierten Gleichheitsgrundsatz. Aktive Vereine der ATF/ADÜTDF sind in Braunschweig, Hannover und Salzgitter bekannt.



Die Ideologie der organisierten „Ülkücü“-Bewegung ist auch in den nicht organisierten Bereichen der türkischstämmigen Bevölkerung präsent, zunehmend bei jugendlichen Anhängern über die sozialen Medien.

In dem Empfinden einer ständigen Bedrohung der Türkei wird allen möglichen Gruppen, vor allem auch den Juden, die Zusammenarbeit mit den Feinden der Türkei vorgeworfen.

Nationalistische/rechtsextremistische Türken haben des Weiteren als Folge des Putschversuchs in der Türkei am 15.07.2016 stärker das staatlich vorgegebene Feindbild „Gülen-Bewegung“ angenommen.

Die linksextremistische Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front (Devrimci Halk Kurtulus Tartisi Cephesi, DHKP-C) kämpft für die proletarische Revolution und die Umwandlung des türkischen Staates in eine marxistisch-leninistische Diktatur. Bei Attentaten, die nach Angaben türkischer Stellen seit Gründung der DHKP-C (1994) begangen wurden, kamen über 200 Menschen ums Leben.





Logo der MLKP

Ebenfalls aktiv sind die türkische Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei (Marksist Leninist Komünist Partisi, MLKP) sowie die Kommunistische Partei der Türkei/Marxisten-Leninisten“ (Türkiye Komünist Partisi/Marksist Leninist, TKP/ML). Beide Organisationen bekennen sich zum revolutionären Marxismus-Leninismus und fordern die Zerschlagung des türkischen Staatswesens. Mitglieder der MLKP sind im syrischen Bürgerkrieg im Kampf gegen den sogenannten Islamischen Staat im Einsatz, mehrere MLKP-Mitglieder kamen dabei ums Leben.

In Hannover hielten Vertreter der Türkischen Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee (Tikko), des bewaffneten Armes der TKP/ML, am 21.05.2017 eine Gedenkveranstaltung für im Kampf gefallene Mitglieder ab.

## 5.4 Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)

|                          |   |                        |
|--------------------------|---|------------------------|
| Weitere Bezeichnungen    | Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans (KADEK) / Volkskongress Kurdistans (KONGRA GEL) / Gemeinschaft der Kommunen in Kurdistan (KKK) / Vereinigte Gemeinschaften Kurdistans (KCK)  |                        |
| Sitz / Verbreitung       | Nord-Irak, Türkei, Syrien   |                        |
| Gründung / Bestehen seit | 1978 in der Türkei  |                        |
| Leitung                  | Abdullah Öcalan   |                        |
| Mitglieder / Anhänger    | Bund: 14.500 ↗  | Niedersachsen: 1.600 ⇨ |
| Publikationen            | Yeni Özgür Politika (Neue Freiheit Politik) (werktätlich)<br>Serxwebun (Unabhängigkeit) (monatlich)<br>Sterka Ciwan (Stern der Jugend)<br>vormals Ciwanên Azad (Freie Jugend) (monatlich) |                        |
| Sender                   | u. a. Med Nûçe TV   |                        |

### Kurzportrait / Ziele



Logo der PKK in Europa,  
in Deutschland verboten

Die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) wurde 1978 von Abdullah Öcalan in der Türkei gegründet. Ursprünglich durch marxistisch-leninistische Programmatik geprägt, vertritt die PKK heute eine kurdisch-nationalistische Ideologie. Sie propagiert die Etablierung einer nichtstaatlichen und länderübergreifenden, demokratischen Selbstverwaltung der Kurden unter Beachtung existierender Grenzen auf türkischem, teilweise auch auf iranischem, irakischem, syrischem und armenischem Gebiet. Das Ausrufen der „Demokratischen Autonomie“ in den drei syrisch-kurdischen Kantonen Afrin, Cizre und Kobane im Jahr 2014 unter Federführung ihrer syrischen Schwesterorganisation „Partei der Demokratischen Union“ (PYD) ist für die PKK ein eminent wichtiger Schritt auf dem Weg zu dem von ihr angestrebten, nationale Grenzen überschreitenden „Kurdistan“. Das Bundesministerium des Innern (BMI) erließ mit Verfügung vom 22.11.1993 ein vereinsrechtliches Betätigungsverbot für die PKK einschließlich deren Teilorganisation Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK) im Geltungsbereich des Vereinsgesetzes. Das Verbot ist bestandskräftig. Das Betätigungsverbot umfasst auch die Organisationen KADEK, KONGRA GEL, KKK und KCK. Nach einem Beschluss des Rates der Europäischen Union vom 02.05.2002 wurde die PKK in die Liste terroristischer Organisationen („EU-Terrorliste“) aufgenommen. Seit Verkündung des „Friedenskurses“ im Jahr 1999 vollzog die PKK zahlreiche Umstrukturierungen. Auf unterschiedliche Weise wollte sie damit ihre politische Neuausrichtung nach außen dokumentieren und sich vom Makel einer Terrororganisation befreien. Entsprechend benannte sie sich im Jahr 2002 in Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans (KADEK) und im Jahr 2003 in Volkskongress Kurdistans (KONGRA GEL) um. Ab dem Jahr 2005 trat die PKK unter der Bezeichnung Gemeinschaften der Kommunen in Kurdistan (KKK) und seit dem Jahr 2007 unter Vereinigte Gemeinschaften Kurdistans (KCK) auf. Die neuen Namen finden zwar Verwendung, sind in der Anhängerschaft aber eher wenig populär. Trotz der zahlreichen Umbenennungen der PKK gilt Abdullah Öcalan als wichtigste Führungsperson der Organisation. Am 15.02.1999 wurde Öcalan in Nairobi (Kenia) verhaftet und

anschließend in der Türkei wegen Hochverrats zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt. Aus dem Gefängnis heraus beeinflusst er die PKK immer noch maßgeblich aufgrund des um ihn betriebenen unangefochtenen Personenkults.

Die PKK kämpft in der Türkei seit dem Jahr 1984 mit ihrem militärischen Arm, den Volksverteidigungseinheiten (HPG). Zunächst richtete sich der bewaffnete Kampf dieser PKK-Guerilla gegen türkische Gendarmerie- und Militäreinheiten.

In den Folgejahren bekämpfte die PKK aber auch Teile der kurdischen Bevölkerung in der Türkei und u. a. auch in Deutschland, wenn diese sich ihrer Programmatik und ihrem Alleinvertretungsanspruch widersetzen.

---

### Finanzierung

Die Beschaffung von Geld ist nach wie vor eine der Hauptaktivitäten der PKK in Deutschland. Der Propagandaapparat, wie z. B. die Fernsehsender oder die Publikationen, muss ebenso finanziert werden wie die politischen Kampagnen, die Unterorganisationen und die Guerilla-Armee. Hierzu dient vor allem die jährlich stattfindende Spendenkampagne. Überdies werden Einkünfte auch durch Mitgliedsbeiträge, den Verkauf von Zeitschriften und den Erlös aus dem Verkauf von Eintrittskarten zu Großveranstaltungen erzielt. Im Jahr 2017 lag der Ertrag allein in Deutschland – wie in den letzten Jahren – bei mehreren Millionen Euro. Die Spendenbereitschaft der mit der PKK sympathisierenden kurdischen Bevölkerung in Deutschland ist auch in diesem Jahr aufgrund der aktuellen Situation in der Türkei, in Syrien und im Nordirak noch einmal gewachsen.

---

### Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

In der Türkei verfolgt die PKK ihre Ziele seit 1984 bis heute mit Waffengewalt. Dies zeigen die bis in das Jahr 2017 andauernden Auseinandersetzungen zwischen türkischen Sicherheitskräften und der PKK-Guerilla sowie terroristische Anschläge in der Türkei. Auch Deutschland war Anfang der 1990er Jahre zum Schauplatz erheblicher Gewalttaten der PKK geworden. Überfälle und Brandanschläge auf türkische diplomatische Vertretungen, türkische Banken und Reisebüros sowie Geschäfte, Gaststätten und Vereinslokale erfolg-

ten häufig und zum Teil sogar bundesweit im Rahmen konzertierter Aktionen. Propaganda, Rekrutierungen und Finanzierung über Spendeneintreibung sind hierfür entscheidende Vorbereitungshandlungen, die in ganz Europa und damit auch in Deutschland kontinuierlich bis heute vorangetrieben werden. Das Bundesministerium des Innern (BMI) erließ mit Verfügung vom 22.11.1993 ein vereinsrechtliches Betätigungsverbot für die PKK einschließlich deren Teilorganisation Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK) im Geltungsbereich des Vereinsgesetzes. Das Verbot ist bestandskräftig. Das Betätigungsverbot umfasst auch die Organisationen KADEK, KONGRA GEL, KKK und KCK.

Mittlerweile setzt die PKK im Rahmen einer Doppelstrategie zwar weiterhin in der Türkei auf Waffengewalt, Deutschland jedoch dient nunmehr überwiegend als Rückzugsraum, in dem Geldmittel gesammelt werden, rekrutiert wird und aus dem heraus Propaganda betrieben wird. Trotz allem zeigt sich die Organisation nach wie vor grundsätzlich bereit, militante Aktionen ihrer Anhänger in Deutschland zumindest zu billigen. Zu nennen sind hier z. B. Auseinandersetzungen mit nationalistischen türkischen Gruppen oder Propagandaaktionen, die aufgrund großer Emotionalisierung in Widerstandshandlungen gegen die Polizei ausufern. Damit gefährdet die Organisation weiterhin die innere Sicherheit und auch auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland (§ 3 Abs. 1 Nr. 1 und 3 NVerfSchG).

Nach einem Beschluss des Rates der Europäischen Union vom 02.05.2002 wurde die PKK in die Liste terroristischer Organisationen („EU-Terrorliste“) aufgenommen.

### Organisatorische Strukturen

#### Koordination der kurdisch-demokratischen Gesellschaft in Europa (Civata Demokratik Kurdistan)

Der Kongress der kurdisch-demokratischen Gesellschaft Kurdistans in Europa (KCDK-E) bildet die PKK-Europaführung, in die auch die Koordination der kurdisch-demokratischen Gesellschaft in Europa (Civata Demokratik Kurdistan, CDK) als politischer Arm der PKK

integriert ist. Die CDK unterliegt ebenfalls dem vereinsrechtlichen Betätigungsverbot.

Die Organisation unterhält ein verzweigtes Netz verdeckt handelnder Funktionäre, die Anordnungen und Vorgaben der Organisationsspitze an die nachgeordneten Hierarchieebenen zur Umsetzung weitergeben. An der Spitze dieser hierarchischen Strukturen stehen Funktionäre, die in der Regel von der Europeileitung der Organisation für einen begrenzten Zeitraum eingesetzt werden.

### Demokratisches Kurdisches Gesellschaftszentrum Deutschlands

Für die Umsetzung von Vorgaben der Führungsspitze und den Informationsfluss zur Basis bedient sich die Organisation überwiegend der örtlichen Vereine in Deutschland, die den PKK-Anhängern als Treffpunkte und Anlaufstellen dienen. Deutschlandweit gehören ca. 45 kurdische Ortsvereine dem der PKK nahestehende Demokratischen Kurdischen Gesellschaftszentrum Deutschland (Navenda Civika Demokratik a Kurdên li Elmanyayê, NAV-DEM) an. NAV-DEM als deutscher Dachverband ist eingebettet in die in Belgien ansässige europäische Dachorganisation KCDK-E.

NAV-DEM initiiert regelmäßig über seine Ortsvereine öffentlichkeitswirksame Aktionen, die sich jeweils auf aktuelle Geschehnisse oder bestimmte Jahrestage, etwa den Gründungstag der PKK, beziehen. NAV-DEM ist nicht vom PKK-Betätigungsverbot betroffen.

In Niedersachsen existieren NAV-DEM-Vereine z. B. in Hannover, Hildesheim, Lohne, Osnabrück, Peine, Salzgitter und Stade.

NAV-DEM organisierte mit Hilfe der Ortsvereine auch 2017 zahlreiche Veranstaltungen. Hervorzuheben ist das 25. Internationale Kurdistan-Festival, das jährlich Besucherinnen und Besucher aus ganz Europa anzieht. In diesem Jahr fand es unter dem Motto „Dialog statt Verbot“ am 16.09.2017 erneut auf dem Gelände der Deutzer Werft in Köln statt. Unter den ca. 14.000 Besucherinnen und Besuchern (2016: 28.000) befanden sich zahlreiche Personen aus Niedersachsen. Die in diesem Jahr geringe Teilnehmerzahl mag dem Umstand geschuldet sein, dass die Stadt Köln – bestätigt durch Beschluss des Verwaltungsgerichts Köln – den durch die Anmelderin gestellten Antrag auf Sondernutzung (Betreiben von Essens- und Getränkeständen) während der Versammlung abgelehnt hatte.



## Jugendorganisation

Dem Kurdistan-Festival ging der obligatorische mehrtägige „Marsch der Jugend“ voraus, an dem sich etwa 120 Angehörige der Jugenddachorganisation Ciwanên Azad („Bewegung der freien Jugend Kurdistans“, CA) beteiligten. Der Marsch startete am 11.09.2017 in Dortmund und endete im Rahmen des Festivals. Die beteiligten Jugendlichen ließen in einer Erklärung verlauten, dass „die freie Führung und das freie Kurdistan für sie von grundlegender Bedeutung seien, und dass sie bei ihrem Kampf dem Beispiel von Märtyrern folgen würden.“<sup>146</sup>

CA wurde auf einer europaweiten Jugendversammlung im April 2013 in Troisdorf (NRW) als europäischer Dachverband der PKK-Jugendorganisation gegründet. Der Dachverband soll als legaler Verband fungieren und steht dabei neben der viel älteren Jugendorganisation Komalên Ciwan (KC). Beide Organisationen umfassen denselben Personenkreis. Der CA sollen ausschließlich positive Schlagzeilen zugeschrieben werden, KC tritt in Aktion, wenn Negatives öffentlich wird.

KC ist auch im Jahr 2017 u. a. im Rahmen von gewalttätigen Aktionen und Rekrutierungen für die PKK in Erscheinung getreten. Der KC ist das „Mazlum-Dogan Jugend-, Kultur- und Sportfestival“ zuzurechnen, das in diesem Jahr am 15.07.2017 unter dem Motto „Befreit den Führer Apo“<sup>147</sup> nahe Lüttich (Belgien) stattfand. Teilnehmer aus Niedersachsen waren mit Reisebussen angereist. Insgesamt soll sich die Teilnehmerzahl im unteren vierstelligen Bereich bewegt haben.

Die Propagandaveranstaltung erinnert an den gleichnamigen Funktionär der PKK, der sich 1982 in türkischer Haft das Leben nahm und seitdem als Märtyrer verehrt wird. Zur alljährlichen Veranstaltung gehören neben sportlichen Wettkämpfen und einem kulturellen Rahmenprogramm auch politische Redebeiträge. Die Ausrichtung sportlicher Wettkämpfe hat in der PKK Tradition. Mit derartigen Veranstaltungen versucht die PKK in erster Linie, ihre jugendlichen Anhänger stärker an sich zu binden und weitere Jugendliche für die Organisation zu interessieren.



Logo der Ciwanên Azad, in Deutschland verboten



Logo der Komalên Ciwan, in Deutschland verboten

<sup>146</sup> Yeni Özgür Politika (YÖP) vom 18.09.2017, „Kurdischer Frühling am Ufer des Rheins“, Seiten 1 und 6.

<sup>147</sup> „Apo“ (kurdisch für „Onkel“) ist ein gängiger Spitzname für „Abdullah“ und wird von PKK-Anhängern häufig als Synonym für den PKK-Führer Abdullah Öcalan verwendet.

### Sonstige Massenorganisationen

Weitere PKK-nahe Massenorganisationen verfolgen das Ziel, den Einfluss der PKK in möglichst allen Segmenten der kurdisch stämmigen Gemeinschaft zu verankern. Nicht zuletzt richtet sich das Augenmerk auf Gruppen, die als gesellschaftliche Multiplikatoren wirken bzw. in Zukunft wirken könnten. Entsprechend fungieren die Union der kurdischen Lehrer (YMK), der Verband der Studierenden e. V. (YXK), die Union der Journalisten Kurdistan (YRK) sowie die Union der Juristen Kurdistan (YHK). In diesem Zusammenhang ist auch die Etablierung der Islamischen Gemeinde Kurdistan (CIK) als Versuch der Einflussnahme auf kurdisch stämmige Muslime zu werten. Diese Organisationen sind auch in Niedersachsen aktiv.

### Verwendungsverbot weiterer Symbole der PKK

Mit Erlass vom 02.03.2017 weitete das Bundesministerium des Inneren (BMI) das 1993 verhängte Betätigungsverbot aus. Dabei sind die im Rahmen der erfolgten Umbenennungen verwendeten Organisationsbezeichnungen und die hieraus folgenden neuen Kennzeichen der PKK auch unter Berücksichtigung des Urteils des Bundesgerichtshofes (BGH) vom 28.10.2010 (Az.: 3 StR 179/10)<sup>148</sup> neu bewertet worden. Vom neuen Erlass betroffen sind die zahlreichen Unter- und Teilorganisationen im Einflussbereich der PKK, unbeschadet ihrer scheinbaren organisatorischen Selbständigkeit. Denn diese handeln – bestätigt durch die o. a. Rechtsprechung des BGH – tatsächlich ausschließlich abhängig von den Vorgaben der Gesamtorganisation. Darüber hinaus hat die strafgerichtliche Rechtsprechung für einige dieser Organisation eine Zuordnung als Teilorganisation der PKK ausdrücklich vorgenommen, so für die HPG und die „Freiheitsfalken Kurdistan“ (TAK) sowie für die PKK-Jugendorganisation KC. Verboten sind nun u. a. auch die Kennzeichen und Symbole der PYD sowie der Volks- und Frauenverteidigungseinheiten (YPG/YPJ)<sup>149</sup>, der KC bzw. den CA oder dem YXK.

Propaganda mit dem Abbild des PKK-Führers Öcalan fällt nun unter das geltende Betätigungsverbot. Es wurde festgestellt, dass die PKK inzwischen zunehmend auch auf Symbole ausweicht, die für sich genommen zunächst keinen Bezug zu ihr aufweisen. Aufgrund eines erheblichen Emotionalisierungseffektes, insbesondere bei

<sup>148</sup> Verfassungsschutzbericht des Landes Niedersachsen 2011, Ziffer 2.14.3, Seite 87.

<sup>149</sup> Militärische Einheiten der PYD.

Versammlungen, sind sie aber in besonderer Weise dazu geeignet, den Zusammenhalt der in Deutschland verbotenen PKK zu fördern und diesen Zusammenhalt nach außen hin unübersehbar zu demonstrieren.

Nach Bekanntwerden des erweiterten Kennzeichenverbots zeigten sich die betroffenen Organisationen empört. Ihren Höhepunkt fanden die Proteste am 27.11.2017 durch den Zusammenschluss von 52 Vereinen und Organisationen – insbesondere aus dem ausländer- und linksextremistischen Spektrum –, die in Berlin die neue Kampagne „Êdî bes e!“ (Es reicht!) ins Leben riefen. Die gemeinsame Kampagne richtet sich vor allem gegen die angeblich faschistische Politik des deutschen Staates.

*„Wir akzeptieren keine Verbote und Angriffe auf unseren Demonstrationen, unsere Kundgebungen und auf das Recht auf Meinungsfreiheit. Das sind unsere grundlegenden demokratischen Rechte in Deutschland. Für Verbote gegen menschliche Bedürfnisse wie Essen und Trinken sowie kulturelle Bedürfnisse wie Bücher und Musik, sowie unsere Möglichkeiten uns politisch auszudrücken wie durch Transparente, Slogans, Fahnen, Fotos usw. werden wir Widerstand leisten.“*

(Internetseite Roja Ciwan, „Die neue Kampagne gegen Faschismus: ‘Êdî bes e!’“, 12.12.2017)

Der Co-Vorsitzende des NAV-DEM betonte, dass gegen das Verbot bis zum Schluss gekämpft werde.<sup>150</sup>

Auf der Internetseite Roja Ciwan wurde am 02.12.2017 unter der Überschrift „#EsReichtDeutschland im Deutschlandtrend“ ein Beitrag veröffentlicht, durch den unter dem Hashtag „#EsReichtDeutschland in sozialen Medien“ auf die vermeintlich antikurdische Politik der Bundesrepublik Deutschland aufmerksam gemacht wird. Weiter heißt es:



*„Wir dürfen nicht akzeptieren, dass die deutsche Bundesregierung auf Wunsch des Diktators Erdoğan und des türkischen Staates die Versammlungs- und Meinungsfreiheit von kurdischen, demokratischen und revolutionären Organisationen in Deutschland angreift und verbietet!“*

(Internetseite Roja Ciwan, „#EsReichtDeutschland im Deutschlandtrend“, 02.12.2017)

Im Rahmen der Kampagne ist eine Vielzahl von Veranstaltungen bis März 2018 geplant.

<sup>150</sup> YÖP vom 28.11.2017, „Es reicht!“, Seiten 1 und 6.

### PKK-Aktivitäten in Niedersachsen als Reaktion auf die Berichte über die Verschlechterung des Gesundheitszustandes Öcalans

Die „Êdî bes e!“- Kampagne war ab Ende des Jahres eng verknüpft mit einer neuen Aktionswelle zum Thema Freiheit für Öcalan.

Nachdem am 15.10.2017 in türkischen Medien Berichte über eine dramatische Verschlechterung des Gesundheitszustands des auf der Gefängnisinsel Imrali inhaftierten Abdullah Öcalan bis hin zu Meldungen über seinen angeblichen Tod verbreitet worden waren, nahm das Demonstrationsgeschehen weltweit drastisch zu. Die Informationen konnten nicht verifiziert werden, da die bereits am 13.10.2017 in türkischen Onlinemedien erschienenen Ursprungsmeldungen zwischenzeitlich gelöscht wurden. Der für die Gefängnisinsel Imrali zuständige Staatsanwalt dementierte laut Pressemeldungen die Nachricht über den verschlechterten Gesundheitszustand und den Tod von Abdullah Öcalan und kündigte rechtliche Schritte gegen die Verbreiter der Falschmeldung an. In Deutschland wurden noch am Abend des 15.10.2017 bundesweit mindestens 23 weitgehend friedlich verlaufende Spontanversammlungen von PKK-Anhängern durchgeführt. In Niedersachsen fanden sich in Aurich 30 Personen, in Hannover 50 und in Oldenburg 70 Teilnehmende zusammen. Im Rahmen dieser Aktionen wurden weitere Demonstrationen für den nächsten Tag angekündigt.

Die KC veröffentlichte auf ihren Internetseiten einen Aufruf, wonach die Jugend aufgefordert wird, aktiv zu werden. Dort heißt es:

*„In Bezug zu Rêber<sup>151</sup> APO reagiert die Jugend sehr sensibel. Für uns ist selbst die Krümmung eines seiner Haare ein Grund den direkten Kampf zu beginnen. Seit Jahren hält das faschistische AKP Regime unseren Repräsentanten fest. Seit dem 05.04.2015 erhalten wir keine Informationen über seine Lage.<sup>152</sup> Nun werden diverse Nachrichten über seinen Gesundheitszustand und sein Leben in den unseriösen Medien verbreitet. Wir als eine apoistische Jugendbewegung sind nicht in der Lage diesen Zustand einfach hinzunehmen und still zu bleiben. Und wenn es um Rêber APO geht kann uns keiner in unserem Vorhaben aufhalten. Um seine Lage zu beleuchten müssen sofort Gespräche mit ihm stattfinden. Deshalb muss die revolutionäre Jugend überall aktiv werden und dringend Aktionen starten. Bis Rêber APO befreit wird müssen überall die Schreie unseres Widerstandes schallen. Jeder Ort muss zum Ort des Aufstandes werden.“*

(Internetseite Roja Ciwan, Komalên Ciwan, ruft die Jugend zu Aktionen auf, veröffentlicht 15.10.2017)

<sup>151</sup> Anführer, Führer.

<sup>152</sup> Mit seinen Rechtsanwälten konnte Öcalan zuletzt am 27.07.2011 sprechen. In ihrer Ausgabe vom 06.12.2017 berichtete die YÖP, dass seit dem 27.07.2011 bislang insgesamt 710 Besuchsanträge der Rechtsanwälte abgelehnt wurden.

NAV-DEM Hannover e. V. veranstaltete am 16.10.2017 gegenüber dem Türkischen Generalkonsulat in Hannover eine Demonstration mit circa 130 Personen, bei der ein Ordner eine verbotene Fahne mit PKK-Bezug zeigte.



In Oldenburg versammelten sich etwa 200 Teilnehmende, um für die Freiheit Kurdistans und gegen die Inhaftierung Öcalans zu protestieren.

Eine weitere Versammlung fand in Hildesheim ebenfalls mit 200 Personen statt, bei der die Polizei eine Vielzahl von verbotenen Fahnen und Öcalan-Bildnissen beschlagnahmte. Versammlungsteilnehmer skandierten „BRD Bullenstaat, wir haben euch zum Kotzen satt“. Als am Rande des Aufzugs aus einem Wohnhaus heraus eine türkische Fahne geschwenkt wurde, versuchten Demonstrierende die Zugangstür zum Haus zu öffnen. Dabei wurden zahlreiche Öcalan-Fahnen und -Bildnisse gezeigt und die Parolen „Massenmörder Erdogan“ sowie „Freiheit für Öcalan“ skandiert. Wegen der Verstöße gegen das Versammlungsrecht erklärte die Versammlungsleitung die Veranstaltung vorzeitig für beendet.

Die prokurdische Nachrichtenagentur Ajansa Nûçeyane Firatê (ANF, Firat News Agency) veröffentlichte am 18.10.2017 einen Artikel der Apoistischen Jugendinitiative. Diese schreibt, sie habe eine unbefristete Rachekampagne gestartet und sei jederzeit zur Rache bereit. Wörtlich heißt es weiter:

*„Alle faschistischen türkischen Zentren in Europa, alle Einrichtungen, die der Erdoğan-MHP-Diktatur angehören, sind unsere Ziele. Bis wir Nachricht von unserem Führer haben wird niemand unsere Aktionen und uns selbst stoppen können.“*

(Firat News Agency, 18.10.2017)

Am 18.10.2017 fand eine weitere Eilversammlung in der Innenstadt von Hannover zum Thema „Eroberung der syrischen Stadt Rakka durch die Demokratischen Kräfte / Zerschlagung des IS / Freiheit für Öcalan / kritischer Gesundheitszustand und die Isolationshaft von Öcalan“ mit etwa 130 Teilnehmenden statt. Es wurden verbotene Fahnen und Bildnisse von der Polizei beschlagnahmt und Ermittlungsverfahren wegen Verstößen gegen das Vereinsgesetz eingeleitet.

In Aurich protestierten am 19.10.2017 etwa 80 Teilnehmende, am 20.10.2017 etwa 180 Personen in Braunschweig und 170 Personen in Celle. Bei erneuten Protesten in Oldenburg am 21.10.2017 skandierten Teilnehmende der etwa 200 Personen starken Versammlung mehrmals die verbotene Parole „Biji Serok Apo“<sup>153</sup> und zeigten verbotene Symbole.

Bei einer vom Medya Kulturzentrum 2 e. V. organisierten Veranstaltung demonstrierten ca. 100 Personen am 25.10.2017 in Vechta.

Bei einer von NAV-DEM Hannover e. V. angemeldeten Demonstration mit 90 Teilnehmenden stellte die Polizei am 27.10.2017 das Einhandmesser eines Sammlungsteilnehmers sicher und leitete ein Strafverfahren ein. Der Kurdische Treffpunkt e. V. führte in Hildesheim eine Mahnwache zum Thema „Freiheit für Öcalan“ mit ca. 20 Personen durch, bei der Flyer zu diesem Anliegen verteilt wurden. Bei einem Aufzug marschierten circa 90 Teilnehmende von Walsrode nach Bad Fallingb. Bei der am selben Tag erfolgten Kundgebung in Stade wurde das Zeigen von verbotenen Fahnen und Bildnissen von der Polizei unterbunden. Daraufhin wurde die Versammlung vorzeitig beendet und im abschließenden Redebeitrag die deutsche Polizei als faschistisch bezeichnet. Der Versammlungsleiter, der zugleich Vorsitzender des Anfang 2017 neu gegründeten Vereins in Stade ist, skandierte die verbotene Parole „Biji Serok Apo“, was aus der Menge wiederholt wurde.

Höhepunkt der niedersächsischen Aktivitäten im November war die Versammlung „Freiheit für Abdullah Öcalan – Gegen die Totalisolation und für die Freilassung“ mit 120 Teilnehmenden der Kurdischen Frauenvereinigung Rohani e. V. am 09.11.2017. Die Veranstaltung in Hannover war als stationäre Versammlung angekündigt, bei der ein Bus mit mehreren Abbildern Öcalans vor Ort sein sollte. Mit diesem Bus hatten PKK-Anhänger vom 09.10. bis zum 12.11.2017 eine europaweite Bustour zum Thema „Die Zeit ist reif! Freiheit für Öcalan!“ durchgeführt. Ziel dieser Bustour war es, eine breite Öffentlichkeit sowie politische Institutionen der bereisten Länder auf die Situation Öcalans und seine Ideen aufmerksam zu machen. Bereits kurz

<sup>153</sup> Es lebe der Führer Apo.

nach der Abfahrt kontrollierte die Polizei in Burgdorf den Bus und veranlasste das Abkleben der Konterfeis. Bei der Durchsuchung des Busses wurden u. a. Hämmer, mehrere Schlagstöcke aus Holz sowie zwei Messer aufgefunden. Am Zielort in Hannover gab es kurz nach Ankunft des Busses massive Verstöße gegen das Betätigungsverbot. Die Polizei musste sich gegen gewalttätige Reaktionen der Demonstrationsteilnehmenden zur Wehr setzen, zudem wurden die Beamten von Versammlungsteilnehmenden bespuckt.

In Wilhelmshaven demonstrierten am 18.11.2017 etwa 150 Personen unter dem Motto „Information über den Zustand von Abdullah Öcalan und aller anderen Oppositionellen“. Kurz nach Beginn der Veranstaltung wurde ein Fahrzeug aus Hamburg von der Polizei kontrolliert, aus dem ein Gegendemonstrant provokativ eine türkische Flagge zeigte. Die Teilnehmenden des Aufzuges hielten sich überwiegend an die erteilten Auflagen. Vereinzelt wurden jedoch verbotene Parolen skandiert.

Die weiteren Veranstaltungen in Niedersachsen verliefen überwiegend friedlich.

#### Strafverfahren gegen Funktionäre der PKK

Wegen Mitgliedschaft in der ausländischen terroristischen Vereinigung wurde am 18.07.2017 aufgrund eines Haftbefehls des Oberlandesgerichtes (OLG) Celle ein hochrangiger Funktionär verhaftet. Die Person wird verdächtigt, von März 2014 bis Ende Juni 2015 als PKK-Gebietsleiter Salzgitter tätig gewesen zu sein.

#### Bewertung / Tendenzen / Ausblick

Aktuell ist die Tätigkeit der PKK in Europa auf die logistische, finanzielle und propagandistische Unterstützung des Kampfes in der Heimat (Türkei, Syrien und Nordirak) ausgerichtet. Die Beschaffung finanzieller Mittel für die Ausrüstung und Bewaffnung des militärischen Arms, für die Unterhaltung des Parteiapparates und seiner medialen Plattformen sowie die Parteiaktivitäten bilden daher in Europa und insbesondere in Deutschland auf allen Organisationsebenen einen Schwerpunkt.

Das Aktionsaufkommen zeigt den hohen Emotionalisierungsgrad, den ein bloßes Gerücht über den Gesundheitszustand Öcalans bei der PKK-Anhängerschaft insgesamt auslöst und das „Durchhaltevermögen“ der Organisation samt ihrer Anhänger.

Insbesondere die Übergriffe von PKK-Anhängern gegenüber den eingesetzten Polizeibeamten bei der Durchsetzung des Verwendungsverbot von bestimmten Symbolen der PKK zeigen, dass die Organisation derzeit kompromisslos und renitent auf das verfügte Kennzeichenverbot, insbesondere bezogen auf Abbilder von Öcalan, reagiert. Die PKK scheint aktuell keine Konflikte, insbesondere mit der Polizei, zu scheuen und nimmt mögliche negative Konsequenzen für die Organisation wie einen etwaigen Reputationsverlust in Kauf. Mit der Kampagne gegen das Kennzeichenverbot dürfte auch ein Anstieg der öffentlichkeitswirksamen Aktionen der PKK einhergehen. Damit steigt sowohl das Risiko gewalttätiger Auseinandersetzungen mit nationalistischen bzw. rechtsextremistischen Türken – insbesondere nach wechselseitigen Provokationen – als auch das Risiko gewalttätiger Angriffe von PKK-Anhängern – insbesondere emotionalisierter jugendlicher PKK-Anhänger – auf Polizeibeamte im Rahmen von Demonstrationen.

